

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Post- und Frachten. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgehobene Postzeitung, anberühmt durch die Hauptmannschaft, 1 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzeltitel und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 84

Sonnabend den 8. April 1922

88. Jahrgang

Sitzung der Kirchengemeindevertreter der Kirchengemeinde Dippoldiswalde

am 6. April 1922.

Anwesend aus Dippoldiswalde: die Herren Eidner, Flemming, Giesholt, Gräfe, Dr. Grobmann, Hofmann, Michael, Rosen, Moritz Müller, Nitsche, Rudolf Reichel, Steglich, Straßberger, Schubert, Wlly, Fräulein Heileigel, Frau Wunderlich; aus Berentz: Herr Krumpolt; aus Glend: Herr Peschel; aus Oberhäslich: Herr Paul Müller; aus Reinberg: Herr Dekonomierat Welde; aus Reinholdsbain die Herren Lieber und Zimmermann; aus Ullberndorf: die Herren Schmidt und Winter. Entschuldigt fehlen die Herren Ruhjam und Unger. Vorsitzender ist der Herr Superintendent. In seinem Stellvertreter wählt man später Herrn Oberjustizrat Dr. Grobmann. Als Zuhörer sind 4 Personen erschienen.

Vor Beginn der Verhandlungen erstet Herr Sup. Michael im Gebet den Segen des Höchsten für die Arbeit der Kirchenvertretung, deren Mitglieder er hierauf herzlich begrüßt. Den städtischen Kollegien aber sagt er Dank für Ueberlassung des Saales. Wenn einige Stadtverordnete aus Prinzip dagegen gemindert hätten mit der Begründung, es sei das eine Bevorzugung gegenüber anderen Vereinen der Stadt, so sei festzustellen, daß es sich hier nicht um einen Verein im landläufigen Sinne handle, sondern um eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Mit der Bitte an die Versammelten um treue Mitarbeit schließt Herr Sup. Michael seine Begrüßungsworte an die erste Kirchengemeindeversammlung in unserer Stadt und verweist hierauf Herrn Dekonomierat Welde, der an der Kirchenfeier am Sonntag nicht teilnehmen konnte.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung geht Herr Sup. Michael nochmals auf die am 23. 2. 22 von der Landesynode verabschiedete, mit dem 1. 4. 22 in Kraft getretene Kirchenverfassung ein, die fundiert ist auf den alten Glaubenssätzen der evangelischen Kirche und als oberste (gewissermaßen Aufsicht-) Behörde den aus fünf Personen bestehenden Landeskirchenauschuß, als persönliche Spitze den Landesbischof (wie viele andere Länder ihn bereits haben), die aus 74 Personen bestehende Synode (deren Mitglieder, soweit sie nicht berufen werden oder an sich dazu gehören, von den Kirchenvertretern zu wählen sind), den aus 6 Personen bestehenden Synodalausschuß vorstellt, dem das Landeskonsistorium zur Seite steht. Neu sind kirchliche Gerichte. Die mittleren Instanzen sind das aus dem Superintendenten und einem Juristen bestehende Bezirkskirchenamt (bisher Kircheninspektion) und der Bezirkskirchenrat (bisher Disziplinarkommission). Das Arbeitsgebiet von Kirchenvertretung und Kirchenvorstand sei festgelegt in den §§ 13 und 27 der Kirchenverfassung, die fleißig zu studieren Herr Superintendent empfiehlt.

Nunmehr verschiebt man zur Befehung der Ausschüsse, die bereits wieder sofort nach der Wahl zusammenzutreten und ihre Vorarbeiten zu leisten. Die Zusammenlegung ist nunmehr folgende:

1. Ausschuß für innere Angelegenheiten: Michael (Vors.), Rosen, Moritz Müller, Unger, Winter, Wunderlich, Heileigel; Ersatz: Ruhjam.
2. Finanzauschuß: Schubert (Vors.), Flemming, Gräfe, Grobmann; Ersatz: Reichel.
3. Bauauschuß: Nitsche (Vors.), Giesholt, Lieber, Schmidt; Ersatz: Hofmann.
4. Friedhofsauschuß: Rosen (Vors.), Eidner, Krumpolt, Steglich; Ersatz: Zimmermann.

Die Anregungen, einen Musikauschuß und einen Rechts- und Verfassungsauschuß ebenfalls einzusetzen, sind bezüglich des ersten Erledigung durch den Hinweis, daß, wie jeder Ausschuß das Recht habe, für bestimmte Beratungsgegenstände weitere Kräfte mit beratender Stimme zuzuziehen, der Ausschuß für innere Angelegenheiten bei Musikfragen den Kantor zuzuziehen werde, und bezüglich des letzteren durch den Beschluß, daß Rechtsfragen durch den Finanzauschuß mit vorzubereiten sind.

Auf Anfrage wird festgestellt, daß dem Ausschuß für innere Angelegenheiten u. a. zuzubringen: Wärtelfeier der Sonn- und Festtage, Religionsunterricht, Kirchenmusik und -kunst, Krankenpflege usw.

Bezüglich der Wahl des Kirchenvorstandes, die durch Stimmzettel vorzunehmen ist, wird zunächst festgestellt, daß die beiden Geistlichen ihm an sich angehören, 8 weitere Mitglieder aber zu wählen sind. Nach einem kleinen Wortgeplänkel beschließt man einstimmig, 5 der letzteren den städtischen und 3 den ländlichen Vertretern zu entnehmen. Gemählt werden: Dr. Grobmann, Nitsche und Schubert mit je 25, Eidner, Müller-Oberhäslich und Peschel-Glend mit je 20, Gräfe mit 17 und Winter-Ullberndorf mit 13 Stimmen. Weitere Stimmen erhalten: Reichel 13, Schmidt-Ullberndorf 9, Zimmermann-Reinholdsbain 8, Lieber-Reinholdsbain 3 und Welde-Oberhäslich, der eine Wiederwahl von vornherein ablehnte, 2.

Herr Sup. Michael begrüßt den neuen Kirchenvorstand und bringt hierauf, in der Tagesordnung fortsetzend, das Ortsgesetz über die Seelsorgebezirke zum Vortrag. Um eine bessere seelsorgliche Bearbeitung zu ermöglichen, ist die Stadt in zwei Teile geteilt. Die Teilungslinie verläuft folgendermaßen: Weiskirchstraße bei der „Sonne“, Altenberger Straße, Schulgasse, Kirchplatz, Amtsgericht, Kirchgäßchen, Markt, Mittel- und Marktgäßchen, Brauhofstraße. Der obere Teil der Stadt mit den Dörfern Oberhäslich, Reinberg und Reinholdsbain ist das Arbeitsamt des Pfarramtleiters, der untere Teil mit den Dörfern Berentz, Glend und Ullberndorf das zweite Geistliche (des Pfarrers, welche Amtsbezeichnung jetzt alle Geistlichen führen, die nicht einen besonderen Titel haben). Alle in diesen Bezirken vorkommenden Taufen, Trauungen, Begräbnisse, die Kranken- und sonstigen Besuche usw. sind zunächst Aufgabe des zuständigen Geistlichen. Doch steht es jedem Gemeindegliede frei, sich nach Abmeldung bei dem zuständigen Geistlichen von dem anderen Geistlichen verlegen zu lassen, wenn ernste Gründe hierfür vorhanden sind. Auf Gottesdiensten, Abendmahlsfeiern usw. hat diese Arbeitsteilung keinen Einfluß.

Von mehreren Seiten wird bedauert, daß das Tragen des Kreuzes vor dem Leichenhauk neuerdings der Kosten wegen

off unterbleibt. Es soll versucht werden, hierfür wieder Schulknaben heranzuziehen zu können. Der Vorsitzende wird beauftragt, Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen.

Auf die Anfrage, wie die Kirche sich zum 1. Mai als geschlossenen Feiertag stelle, erklärt Herr Sup. Michael, daß er noch nicht wisse, wie die Landeskirchenbehörden entscheiden, seine persönliche Meinung gehe jedoch dahin, man müsse den 1. Mai ignorieren, da man andernfalls die Politik auf die Kanzel trage. Damit sind die Verhandlungen beendet. Man verschiebt zur Verlesung des Protokolls.

Derliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Alle Tage war diese Woche das gleiche Wetter, was am Tage über wegte, brachte die Nacht wieder an neuem Schnee. So auch in der Nacht zu heute Freitag, und bot unsere Gegend durch die wechelschneite Landschaft einen herrlichen Anblick dar.

Der gestrige Tag war für unsere Kirchengemeinde von hoher Bedeutung insofern, als an ihm die Kirchengemeindevertreterversammlung zum erstenmal öffentlich tagte, die gewählt wurde auf Grund der neuen Kirchenverfassung, von der man in kirchlichen Kreisen eine Hebung wenigstens des kirchlichen Lebens erhofft, also auch eine stärkere Beteiligung der Allgemeinheit am kirchlichen Leben. Die wenigen Zuhörer gestern abend waren nach dieser Richtung hin allerdings kein gutes Omen. Nun — aller Anfang ist schwer. Die neue Kirchenverfassung ist fest verankert in den Glaubenssätzen, die für die evangelische Kirche Geltung haben von Anfang an. Rein Zion soll ausgegeben werden. Der rechte Flügel — wenn diese Bezeichnung hier zulässig ist — der evangelischen Glaubensgemeinschaft dankt ihr dies besonders. Der linke Flügel wirds bedauern. Ist doch damit an den Kampfbedingungen zwischen haben und drüben nichts gemildert. Was aber auch kommen mag, eins vergesse man nicht: Das gläubige Gemüt des im rein kirchlichen Sinne guten Menschen ist eine Gabe desselben allmächtigen Gottes, der dem anderen seinen mehr kritisch veranlagten Geist gab, ja dem Heiden seinen Feischglauben bis heute beleiht.

Die Jagd. Nach dem sächsischen Jagd- und Schonzeitkalender ist im April nur die Jagd auf Auer-, Vork-, Haselhühne und Schnepfen offen; außerdem auch auf wilde Kaninchen, Schwarzwild, Raubzeug und Wildtauben, da diese Wildarten während des ganzen Jahres keine Schonzeit genießen. — Die Reichsreisefrostmarken verlieren mit dem 30. April ihre Gültigkeit.

Reinhardtgrümm. Der Männergesangverein „Liedertafel“, der vor kurzem ein wohl gelungenes Konzert veranstaltete, wird diese Gesangs- und Theater-Aufführung am nächsten Sonntag auf vielseitigen Wunsch wiederholen. Siehe Inserat.

Johnsbach. Am vorigen Sonntag wurden im Vormittagsgottesdienst in ihr Amt als Kirchenvorsteher eingeweiht: aus Johnsbach die Herren Gutsbesitzer Th. Paul Vogler, Otto Sahmann, Wilhelm Schwente und Kantor Boigländer; aus Bärenhede Herr Mühlenbesitzer Friedrich Wiltner; aus Falkenhain die Herren Gutsbesitzer Ernst Bier, August Böhme und Schmiedemeister Richard Strauß; aus Dönschitz die Herren Hausbesitzer Otto Fischer und Fabrikarbeiter Otto Lieber. Der Ort Dönschitz hat zufolge eines neuen kirchlichen Ortsgesetzes zum ersten Male zwei Vertreter erhalten. Von den vorstehenden zehn Mitgliedern des Kirchenvorstandes sind acht gewählt und zwei (W. Schwente und L. Böhme) berufen worden.

Dittersdorf, den 7. April. Heute vor 25 Jahren brannte das Belgut des Gutsbesitzer Kühne ab. — Am 1. Mai 1897 erhielt unser Ort eine Postagentur.

Dresden. Nachdem die sozialistische Mehrheit des sächsischen Landtags am Mittwoch die Regierungsvorlage den 1. Mai und 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, angenommen hat, hat die deutschnationale Landtagsfraktion die Einleitung des Volksbegehrens veranlaßt. Sie hat sich im Sinne der Bestimmungen des Gesetzes über das Volksbegehren an den Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei für Sachsen gewendet, der nunmehr im Wege des Volksbegehrens ein Gesetz fordern wird, das den Feiertagsbeschluß des Landtages wieder aufhebt. Es ist deshalb nunmehr mit dem Volksbegehren für die allernächste Zeit zu rechnen.

Zu der Meldung einiger Blätter, wonach die sächsische Regierung beabsichtigt, für jedes einzelne Ministerium einen Sparkommissar einzusetzen, erfährt der Zelanion-Sachsendienst von unfernter Seite, daß diese Meldung nicht zutrifft. Es besteht bereits für drei Ministerien (Wirtschaft, Arbeit, Inneres) ein gemeinsamer Sparkommissar, der seine Tätigkeit im Nebenamt und eine Extravergeltung ausübt. Einen Plan, auch für die übrigen Ministerien Sparkommissare anzustellen, hat die Regierung bisher noch nicht gefaßt. Die Pressmeldung, daß die Einsetzung von Sparkommissaren

keine Ersparnisse sondern neue Kosten zur Folge hatte, beruht also selbst dann, wenn die Regierung neue Sparkommissare einsetzen sollte, auf falschen Voraussetzungen; denn die Tätigkeit des Sparkommissars ist ehrenamtlich.

Das Parlament als Kläranlage. In einem Vortrag den Ministerpräsidenten Buch am Montag abend im Reichsbund deutscher Technik in Dresden über die Aufgaben der Technik hielt, verglich er den Landtag im Eifer der Rede mit einer Kläranlage für die Geseze und Verordnungen der Regierung — eine merkwürdige Einschätzung der eigenen Produkte. Man darf wohl mit den Teilnehmern der Versammlung, die mit allgemeiner Heiterkeit quittierten, annehmen, daß es sich hier um eine rednerische Entgleisung des Ministerpräsidenten gehandelt hat, denn andernfalls spräche zuviel Einsicht aus dieser Wortbildung.

Eisdorf. Einbrecher treiben hier ihr Unwesen. In der Nacht zum Dienstag wurden einem hiesigen Gutsbesitzer 110 Kilogramm Schweinefleisch aus dem Vorkell im Keller gestohlen. Die Diebe hatten ihren Weg durch ein Kellerfenster genommen. In der folgenden Nacht wurden abermals einem hiesigen Geflügelhalter 14 Stück wertvolle Hühner gestohlen und lebend fortgebracht.

Leipzig. Die Mitglieder des Betrags für das sächsische höhere Schulwesen haben ihre Ämter niedergelegt. Nach der Behandlung der Frage der Osterferienkürzung durch den Rat haben sie, so wird angegeben, nicht mehr die Ueberzeugung, daß sie fruchtbar mit der Behörde zusammenarbeiten und ihr Mandat in einer Weise ausüben können, die dem sagemäßigen Charakter des Betrags als einer begutachtenden und mitbestimmenden Körperschaft und den Interessen, der durch die vertretenen Schulen entspricht.

Mecerane. Bei einer Autofahrt nach Zittau überschlug sich in Dönschitz das Automobil des Fabrikbesizers Wilhelm Neuböcker; wobei dieser sowie sein Chauffeur Alfred Bauer tödlich verunglückten.

Glauchau. Der Bezirksrat beschloß die Einführung einer Jagdpachtsteuer in Höhe von 20% der Pachtsumme. Zur Deckung der Fehlbeträge in den Bezirkskassen wurde für 1921 eine Umlage von 8%, für 1922 von 10% beschlossen, wogegen die 7% prozentige Anleihe abgelehnt wurde.

Chemnitz. Im Januar 1920 hatte die Direktion der städtischen Straßenbahnen in Chemnitz eine hiesige kleine Buchdruckerei mit der Lieferung von (braunen) Wochenkarten mit Umsteigeberechtigung betraut. Während der Herstellung lagen die je 8 Karten umfassenden Bogen zeitweise unbesichtigt im Maschinenraum, durch den die Schriftsetzer während der Mittagspause zu gehen hatten, wenn sie das Gebäude verlassen. Einer dieser Setzer, der am 24. November 1873 in Chemnitz geboren und auch hier wohnhafte Wilhelm Max Lehmann, ließ sich durch die günstige Gelegenheit verführen, sich 10 solcher Bogen in diebischer Absicht anzueignen, um die Karten zu fahrlas auf der Straßenbahn zu verwenden. Zu diesem Zwecke verließ er die Karten noch mit Serien-Nummern und mit den Lochnungen, die sonst der Schaffner zu bewirken hat. Er verwendete die Karten, ohne daß eine Entdeckung eintrat. Im April oder Mai 1921 hatte die erwähnte Druckerei wieder Wochenkarten für die Straßenbahn herzustellen, diesmal aber blaue, die zum Umsteigen nicht berechtigten. Von diesen Karten verwendete Lehmann auf die angegebene Weise wieder 7 Bogen zu je 8 Karten und verfuhr damit, wie mit den braunen Karten. Anfang Oktober 1921 wurde die Sache entdeckt. L. hatte zu dieser Zeit nach seiner Angabe noch etwa 40 unberechtigte Karten und vernichtete sie. Nach den angestellten Berechnungen hat L. die Stadt um etwa 600 Mark geschädigt, diesen Schaden hat er jedoch dann ersetzt. Vor dem Schwurgericht Chemnitz hatte sich nun Lehmann am Mittwoch wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung in Lateinheit mit Betrug zu verantworten. Seine Verteidigung konnte sich nur auf die Zubilligung mildernder Umstände erstrecken. In dieser Hinsicht führte er an, daß er sich zur Zeit der Tat in ungünstigen Vermögensverhältnissen befunden habe. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten nicht nur mildernde Umstände zu, sie verneinten auch die eine Voraussetzung der Anklage, daß die Straßenbahnkarten „öffentliche“ Urkunden seien. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis.

Auerbach. Der Bezirksverein der Gastwirte der Amtshauptmannschaft Auerbach hat sich einstimmig gegen die in verschiedenen Städten geplante Hockersteuer ausgesprochen.

Sächsischer Landtag.

Die Regierung schweigt sich aus und wird weiter schweigen. Der Landtagsbesucher hatte zu mindest in der Sitzung am Donnerstag erwartet, eine Erklärung der Regierung anhörend zu können, nachdem in den Vormittagsstunden ein Kabinettsrat stattgefunden

batte. Im allgemeinen herrschte eine Stimmung, als sei nichts geschehen. In aller Form eröffnete der Präsident Fröhlich um 11 Uhr die Sitzung. Erinnerung an die Vorgänge am Vortage wurde nur durch einen Antrag der Deutschnationalen, der den Antrag auf Auflösung des Landtages auf die Tagesordnung gesetzt sehen will. Selbstverständlich fiel der Antrag mit der überaus großen Mehrheit der Linken durch. Ebenso erging es einem Antrag Dettler (Dnf.), der verlangt, für kommenden Dienstag eine Sitzung anzuberufen, um die Anträge zu den Vorgängen im Landtage zu beschließen. Die Auflösung des Landtages wird also erst nach den Osterferien beantwortet werden. In der weiteren Folge der Tagesordnung wird eine Anfrage Dr. Herrmann (D.V.) dahingehend beantwortet, daß die Regierung ihre Genehmigung zur Einrichtung von Parallelklassen in einigen höheren Schulen erteilt hat. Das Kapitel Innenministerium und das Gehalt des Innenministers wurde dann wegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen. Das Beamtenbesoldungsgesetz wurde einstimmig vom Landtage angenommen. Eine Regierungsvorlage betr. Ausnahme eines Kredits von 8 Millionen Mark für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe des Wirtschaftsministeriums wird in Schlussberatung einstimmig angenommen. Ebenso wurde eine Reihe weiterer Haushaltkapitel vom Hause genehmigt. Eine Anfrage des Abg. Weikel (Unabh.), Unterricht am Frühlingsbuckstage betr., ruft noch eine erhebliche Ausprache hervor. Dann ging das Haus in die Osterferien. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag den 4. Mai statt. Gemeindeordnung und Eingemeindung selbständiger Gutsbezirke stehen auf der Tagesordnung.

Das Verfahren bei einem Volksentscheid.

Nach den über Volksbegehren und Volksentscheid erlassenen besonderen Gesetzen ist der Gang dieses Verfahrens folgender: Die Regierung muß nach dem Artikel 36 der Verfassung das Volksbegehren zulassen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl ein Gesetz begehren. Der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens muß an das Gesamtministerium gerichtet werden und die Unterschrift von 1000 Stimmberechtigten haben. Von der Verbringung dieser Unterschriften kann abgesehen werden, wenn der Vorstand einer Vereinigung den Antrag stellt und glaubhaft macht, daß 20 000 ihrer Mitglieder den Antrag unterstützen. Demnach können also politische Parteien unter Hinweis auf ihre Mitgliederzahl den Volksentscheid verlangen. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, muß das Gesamtministerium den Antrag dem Oberverwaltungsgerichte überfenden, das darüber zu entscheiden hat, ob das Gesetz zur Zuständigkeit der Landesregierung gehört. Die Zuständigkeit ist in dem Falle der beiden Feiertage nicht zweifelhaft.

Wenn das Oberverwaltungsgericht die Zuständigkeit bejaht hat, muß das Gesamtministerium den Antrag veröffentlichten und Beginn und Ende der Abstimmungsfrist festsetzen. Die Abstimmung selbst hat frühestens zwei Wochen und spätestens einen Monat nach der Veröffentlichung der Zulassung zu beginnen. Die Abstimmungsfrist beträgt 14 Tage. Die Gemeindebehörden müssen den Stimmberechtigten für die ganze Abstimmungsfrist Gelegenheit geben, während der üblichen Geschäftszeit durch eigenhändige Eintragung in die vorchriftsmäßigen Eintragungslisten ihre Stimme abzugeben. Diese Eintragungen müssen diejenigen vornehmen, die im Sinne der Antragsteller zum Ausdruck bringen wollen, daß der 9. November nicht gesetzlicher Feiertag ist. Diese Erklärung muß ein Zehntel der Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl abgeben.

Am 14. November 1920, also der letzten Landtagswahl in Sachsen, waren 2 946 642 Personen wahlberechtigt. Infolgedessen mußten beim Volksbegehren mindestens 294 664 Wähler sich im obengenannten Sinne erklären. Beschließt dies, dann hat das Gesamtministerium das Volksbegehren mit seinen Vorschlägen dem Landtag zu unterbreiten, d. h. der Landtag hat dann über das im Volksbegehren geforderte Gesetz abzustimmen. Lehnt der Landtag auch dieses Gesetz wieder ab (3 Lehungen), dann muß das Gesamtministerium über das Gesetz den Volksentscheid herbeiführen.

Ju einem Volksentscheid, bei dem über die gestellten Fragen nur mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt wird, ist nach der Verfassung (§ 38) die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich, d. h., es müssen sich an diesem Volksentscheid rund 1 500 000 Wähler beteiligen und von diesen müssen mindestens 750 000 mit „Ja“ abstimmen, wenn das im Volksbegehren geforderte Gesetz Geltung erlangen soll. Auf den Volksentscheid sind allgemein die für die Landtagswahl geltenden Bestimmungen Anwendung. Wie hieraus hervorgeht, ist es ein umständlicher Instanzenweg, der vom Volksbegehren über Volksentscheid zur endgültigen Klärung der Stimmung des Volkes führt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 5. April.

Reichsministerium des Innern.

Die 2. Lesung wird fortgesetzt. Verbunden wird damit eine deutschnationale Interpellation über die Bekämpfung der Schand- und Schmutzliteratur.

Abg. v. Kardorf (D. Vp.) bedauert, daß der Minister sich so wenig Reserve ansetzt und letztlich nur eine Parteinahme gehalten habe. Wenn ein Auslandsdeutscher gegen die neuen Symbole der Republik protestiert habe, so beweise das, daß man in Weimar große Inkompetenzen des deutschen Volkes verleihe habe. Im Kampfe gegen Schmutz in Wort und Bild gehen wir gern an der Seite der Deutschnationalen. Aber man soll das Licht nicht von unter dem Felsen und Straßprojekten erwarren. Durch Standalprozesse wird nur Klänge gemacht für das, was wir bekämpfen wollen. Wir sind ein gebrochenes Volk, jeden Tag sinken Tausende von Familien unter das Proletariat herab und ein neuer Reichum bildet sich, der keine Kultur besitzt. Das oberste Geschickliche Autonomiegesetz wird trotz der Abplüttung einiger Gebietsanteile von Österreichern aufrecht erhalten werden müssen. Die Regierung hätte ein großes wirtschaftliches Missverhältnis für Österreich ins Werk setzen müssen. Den Aufruf zur Abschaffung ist noch nicht 1 Ferning gezahlt worden. (Hört, hört!) Für neue Ministerien ist in unseren Kreisen sehr wenig Neigung. Unser ganzer Staatsbetrieb muß darauf geprüft werden, wie er vereinfacht und verbilligt werden kann.

Reichsminister Dr. Köster wendet sich gegen die Behauptung des Abg. v. Kardorf, daß in der Notstandsaktion für Österreich noch kein Ferning ausgezahlt worden sei. Für die Notstandsarbeiten seien 100 Millionen Mark ausgezahlt worden, 70 Millionen sind in bar ausgezahlt, 3 Millionen sind in der Auszahlung begriffen.

Abg. Bahndt (Dem.) lehnt ein besonderes Gesundheitsministerium ab und verlangt die Zusammenlegung einzelner Ministerien. Gegen den Wechsel der Reichsfarben habe seine Partei sich gewehrt aus Gründen, die auch heute noch zutreffend seien. Den Mitteln für die Technische Hochschule stimmt der Redner zu. Eine Veränderung des Wahlgesetzes sei notwendig.

Frau Abg. Wülf (Soz.) beantragt Unterstreichung der Theater und Kinos, damit diese Stätten der Kultur und des Lebensgenusses nicht zum Ausbeutungsobjekt der breiten Massen werden. In unsere Schule muß ein ganz anderer Geist eingehlen, die Bejahung der Republik muß allen Schülern zur Pflicht gemacht werden.

Abg. Dr. Hofes (U. Soz.): Für Kulturzwecke sind wenige Gelder vorhanden, um so mehr aber für die Polizei. Es ist ganz wie früher, vom neuen Geist ist nichts zu spüren.

Abg. Peich (Wahr. Vp.): Wir dürfen nicht das byzantinische Moment bei dem Wiederaufbau in den Vordergrund stellen. Bei der Jugend muß mit dem Wiederaufbau angefangen werden. Der Redner begrüßt die Vorlegung eines Jugendgesetzes.

orgegeben, betont jedoch, daß die Wohlfahrtspläne nicht etwa nur durch neue Gesetze zu haben sei.

Reichsminister Dr. Köster: Die behauerlichen stilklichen Zustände unseres Volkes sind eine unmittelbare Folge des Krieges. An der Herstellung von Schulstellen sind weniger wir als das Ausland schuld.

Rechtsfolgen der Markt-entwertung.

Die Unsicherheit im Geldwesen hat im Laufe der Zeit immer mehr dazu geführt, von der festen Preisbasis zur gleitenden, von der endgültig festgesetzten Offerte zur freibleibenden überzugehen. Nachdem so allmählich Industrie, Landwirtschaft und Handel in der Umformung des geschäftlichen Lebens vorangegangen sind, folgt nun auch die Rechtsprechung diesem Zwange um das langsame, durch die katastrophalen Geldverhältnisse entstandene Gewohnheitsrecht in Form zu geben, die unseren heutigen Zuständen angepaßt sind. Zwei der neuen Reichsgerichtsentscheidungen mögen dies näher veranschaulichen.

Erstmalig war die übliche Rechtsauffassung, die Klausel „freibleibend“ bei einer Offerte, gemäß § 145 B.G.B. dahingehend zu deuten, daß bei Ablehnung des höheren Preises durch den Käufer beide Teile ungehindert vom Vertrage zurücktreten könnten. Durch die Entscheidung II. 437/21 vom 14. Februar 1922 hat das Reichsgericht nun diese seit herige Auffassung geändert. Fortan soll bei der Klausel: „Preis freibleibend“ der Käufer trotzdem an den übrigen Teil des Vertrages gebunden bleiben, falls die Veränderung des Preises sich in angemessenen Grenzen hält. Das Reichsgericht hat sich hier auf den § 315 des B.G.B. gestützt, der in diesem Falle vom Verkäufer „Billigkeit“ oder „billiges Ermessen“ fordert. Die Auslegung dieser bedeutsamen Begriffe muß natürlich der Praxis überlassen werden. Das Reichsgericht begründet diese interessante Entscheidung damit, daß die Unsicherheit und Unberechenbarkeit es nicht nur bedenklich, sondern unter gewissen Umständen für eine solide Geschäftsführung sogar unmöglich erscheinen lassen, sich auf längere Frist hinaus im Lieferungsvertrage an einen bestimmten Preis zu binden. Das Reichsgericht bestreitet auch eine Schädigung der Interessen des Käufers, da er bei Weiterverkauf nach Preisänderung der Ware sich ebenfalls den nunmehrigen Preisverhältnissen anpassen, oder sich auch durch die Klausel „freibleibend“ schützen kann.

Wie weit die stets zunehmende Geldentwertung auch in anderen Fällen auf die Rechtsentwicklung schon eingewirkt hat, zeigt eine andere Reichsgerichtsentscheidung. Hier wird die Geldentwertung sogar als rechtsgültiger Grund zur Aufhebung eines Vertrages angesehen. Gestützt wird dieses Urteil durch den § 242 B.G.B., der besagt, daß der Schuldner die Leistung so zu bewirken habe, wie Treu und Glauben es mit Rücksicht auf die Verkehrssitte erfordern. Daß aber die Herrschaft unseres gesamten Geldwesens die Sitten des geschäftlichen Verkehrs ganz erheblich verändert habe, bedarf keiner weiteren Erörterung. Das Reichsgericht erkennt dieses als Grund selbstverständlich auch nur dann an, wenn beim Abschluß des Vertrages stillschweigend oder ausdrücklich vereinbart worden ist, daß der Vertrag nur bei Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung seine rechtliche Wirksamkeit beibehalten soll. Es ist nicht gesagt und wird sogar meistens nicht der Fall sein, daß dadurch die Leistung des einen Teils ersichert wird, wenn der Wert der Leistung einer jeden Partei ändert sich in demselben Maßstab.

Diese beiden Reichsgerichtsentscheidungen sind ein herabsetzendes Zeugnis für die langsam und allmähliche Umstellung unserer Rechtsnormen, die sich unseren so schwankenden und sicheren Zeitverhältnissen anzupassen bemühen. Ob es dagegen möglich ist, den uns heute schon ganz zur Gewohnheit gewordenen Schwerezustand, der alle unsere Gebräuche und Sitten im gewöhnlichen wie im geschäftlichen Leben beherrscht, ob es gelingt, diesen in eine feste rechtliche Form zu gießen, das muß die Zukunft erst lehren. Was fest ist, alle diese Urteile nur gültig für die Sonderheiten eines konkreten Rechtsfalles und können keine Norm darstellen, denn auch das Reichsgericht wollte und konnte keine allgemeinen Grundsätze für dieses dauernde Fluidum schaffen.

Am Vorabend der Konferenz.

Die ersten Konferenzteilnehmer in Genua.

In wenigen Tagen soll die Konferenz von Genua eröffnet werden. Die Konferenzstadt und die nahe Hintersee beginnen sich allmählich mit Gästen zu füllen. Als erste Delegationen treffen die finnische sowie ein Teil der englischen ein. Der Vertreter Sowjetrußlands in Rom reiste den Sowjet-Delegierten bis zum Brenner entgegen, um sie bis nach Genua zu begleiten. Am 7. treffen die Bulgaren und ein Teil der Jugoslawen, Tschechen und Japaner ein, am 8. abends Lloyd George und wahrscheinlich die Führer der deutschen Delegation, am 9. der Rest. Von den Italienern ist der größte Teil bereits angekommen. Der italienische Außenminister Schanzer kommt am 8., Ministerpräsident de Facta am 9. April. Der Sitz des Sekretariats der Konferenz ist in den Palazzo Reale verlegt worden.

In Bezug auf die Unterbringung der Delegierten und die Sicherheitsmaßregeln ist umfassendes geleistet worden. Die Führer der deutschen Abordnung Birch und Rathenau werden in Genua selbst, im Hotel Eden, wohnen, die deutschen Sachverständigen werden größtenteils und zusammen mit dem deutschen Botschafter in Rom in Pervi untergebracht.

Die deutschen Sachverständigen.

Die für Mittwoch geplante Abreise des Reichskanzlers nach Frankfurt a. M. bzw. Freiburg i. Br. wurde auf Donnerstag verschoben. Vor seiner Abreise fand eine Besprechung mit den von der Regierung berufenen Sachverständigen über die mit der Konferenz zusammenhängenden Fragen statt. Der Besprechung waren die Beratungen von drei Unterkomitees vorhergegangen, die sich mit den wichtigsten finanziellen und verkehrsrechtlichen Fragen befaßt hatten.

An der Konferenz von Genua werden voran- sichtlich folgende Sachverständige teilnehmen: Ball- ruff, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, christlicher Gewerkschafter; Bergmann, Staatssekretär, Deutsche Bank; Bernhard, Chefredakteur, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Böhler, Geheimrat, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Industrie; Cuno, Geheimrat, Generaldirektor der Dapag, Hamburg; Duisberg, Geheimrat, Leiter des Vapher; Erkelenz, M. d. R., Kirch-Dunder- scher Gewerkschafter, Demokrat; Fuß, Mitglied des Reichstages, freier Gewerkschafter, Bergarbeitervertre- ter; Kremer, Direktor, Mitglied des Reichswirt- schaftsrates, Metzger, M.-G.; Kreuter, Geheimrat, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Laßben, Direk- tor, Kohlenyndikat, Essen; Melchior, Bankhaus War- burg, Hamburg; v. Mendelssohn, Chef des Bank- hauses Mendelssohn, Berlin; Wiffell, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Mitglied des Reichstages, Reichs- wirtschaftsminister a. D.; Louis Hagen-Kölin, Ban- ker, Vorsitzender der Handelskammer.

Die Sachverständigen und die übrigen Mitglieder der Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Rathenau werden am Sonnabend Berlin verlassen. In Freiburg wird der Reichskanzler den Zug, der der die Delegation nach Genua fährt, besteigen.

Ausprache Lloyd Georges mit Poincaré.

Gelegentlich der Durchreise des englischen Mini- sterpräsidenten durch Paris wird am Freitag nach- mittag eine mehrstündige Ausprache zwischen Lloyd George und Poincaré auf dem Quai d'Orsay statt- finden. Aller Voraussicht nach wird Lloyd George bei dem französischen Ministerpräsidenten einen letzten Versuch machen, um ihn zur Reise nach Genua zu bewegen oder aber der französischen Abordnung ausgebreitete Vollmachten zu erteilen, damit diese im Namen Frankreichs bindende Beschlüsse fassen könne.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. April 1922.

Reichsminister des Innern Dr. Köster wird als Ver- treter des Reichspräsidenten und der Reichsregierung an der Leipziger Internationalen Studentenkonferenz teilnehmen.

Der Reichspräsident hat den ordentlichen Professor, derzeitigen Rektor der Friedrich-Wilhelms-Universität, Pro- fessor Dr. Kernst, zum Präsidenten der physikalisch-techni- schen Reichsanstalt ernannt.

Die Neuwahl des Vorstandes der Reichsgewer- schaft Deutscher Eisenhändler und -Arbeiter ergab die Wiederwahl von Meene, Schafpferd und anderen an der Streikbewegung beteiligten Führern, während die übrigen Mitglieder, die Gegner des letzten Streiks der Reichsgewer- schaft waren, nicht wiedergewählt wurden.

Der deutsche Vertreter im Anleiheauschuss der Reparationskommission. Wie verlautet, hat die Repara- tionskommission gleichzeitig mit der Befragung des Reichspräsidenten über die Bildung einer Studienkommission zur Prüfung der Möglichkeit einer internationalen Reparationsanleihe nach Berlin den Wunsch übermit- telt lassen, mit der Vertretung der deutschen Rege- rung in diesem Komitee den früheren Vorsitzenden der Kriegskostenkommission, Staatssekretär a. D. Ber- gmann, betrauen zu wollen.

Bayern und das Reich. Der bayerische Mini- sterpräsident Graf Lerchenfeld hat in seiner großen Rede im Landtag auch das Verhältnis Bayerns zum Reich besprochen. Er führte dabei aus: Wer an der Zusammengehörigkeit Bayerns mit dem Reich fest- hält, der habe die Pflicht, so aufzutreten, daß die Zusammengehörigkeit keinen Schaden erleide. Die Sprache, welche gewisse Presseorgane über die leitenden Männer in der Reichsregierung führen, gebe ent- schieden über das Maß sachlicher Kritik hinaus. Man dürfe nicht bei verwirrten Schwärmgelirnen einen Pas- sand erzeugen, aus dem der politische Mord ent- springe. Auf der anderen Seite müsse er aber mit der gleichen Schärfe die häufig in Blättern der Link- parteien vorgebrachten Verleumdungen gegen bayerische Beamte zurückweisen. Deutschland könne nur ge- deihen, wenn zwischen den Regierungen der Länder untereinander und mit der Reichsregierung ein aus- schließliches Verhältnis bestehe. Deshalb sei es auch notwendig, daß eine enge persönliche Fühlung auf- recht erhalten bleibe.

Ein letzter Vermittlungsversuch in Genf. Wie das Genfer Botschafteramt am 5. April mitteilt, hat der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz, Ca- londer, die beiden Bevollmächtigten zu einer Be- sprechung eingeladen, um in der kritischen Frage der Liquidation des deutschen Westens in Pola- sch-Oberschlesien einen letzten Versöhnungsversuch vor- zunehmen. Diese Besprechung soll am 8. April statt- finden. Falls dieser letzte Versuch fruchtlos verläuft, wird Herr Calonder die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Botschafteramt am 12. April einberufen, und in dieser Sitzung seinen Schiedspruch bekanntgeben. Damit können die Ver- handlungen als abgeschlossen gelten. Ueber die deutsch-polnischen Verhandlungen erstattete im Reichs- tag Reichsminister a. D. Schiffer den schlesischen und ober-schlesischen Reichstags- und Landtagsabgeord- neten Bericht. Staatssekretär a. D. Kewald gab ein Darlegung des zukünftigen Minderheitsführers in Ober- schlesien.

Die Antwort auf die Schynonote ist von der Reichsregierung dem General Rollet in Berlin zuge- stellt worden. Es heißt darin, daß die deutsche Re- gierung von den in der Note vom 23. März ent- haltenen Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt wonach auch diese für die Länder Möglichkeiten wahr- ren will, im Rahmen der übernommenen Verpflichtun- gen die Organisation der Polizei den seit 1911 eingetretenen Verhältnissen anzupassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß danach die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, und damit auch des Wirtschaftslebens in Deutschland unentbehrliche polizeiliche Grundlage garantiert wird. Sie nimmt an, daß die Kontrollkommission unter- der in der Note zum erstenmal gebrauchten Forme „Mittlere zur Organisation von 1913“ die Erfüllung der im Friedensvertrag und in den Pariser Beschlüssen

voran. Ball...
...
1922.
...
1922.

festgesetzten Verpflichtungen Deutschlands versteht. Die vorausgeschickt, erkennt die deutsche Regierung für sämtliche deutschen Länder den Zustand von 1918 als Grundlage für die Organisation der Polizei an.

Keine Aufrechterhaltung der amerikanischen Rheinlandbesetzung. Im Gegensatz zu der Pariser Vereinbarung, wonach die amerikanische Regierung die Wollendung der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein nochmals in Erwägung ziehen wollte, kündigt die amerikanische Heeresleitung an, daß in den Monaten Mai und Juni je vier Truppentransporte mit sämtlichen amerikanischen Truppen den Rhein verlassen werden. Nur wenige Mann werden zurückbleiben, um die endgültige Liquidierung vorzunehmen. Man erwäge bereits die Frage des Verkaufes der Seereslaaer

Vorbereitung des landwirtschaftlichen Hilfswerkes. Beim Reichspräsidenten fand eine Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung statt. Seitens der Reichsregierung nahmen der Reichskanzler Dr. Wirth, Reichsernährungsminister Herr Reichsfinanzminister Dr. Herms, ferner vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft Edler v. Braun Dr. Noeflde, Freiherr von Kerkerin, von Klitzing sowie mehrere Vertreter von der Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen an der Sitzung teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft eingeleitet erörtert; die zu diesem Zweck im einzelnen zu treffenden gesetzlichen und Verwaltungsverfahren sind men werden auf Grund der Besprechung von den zuständigen Ressorts im Benehmen mit den Vertretern der deutschen Landwirtschaft usw. alsbald vorbereitet und beraten werden.

Das Ergebnis der Berliner Sozialistenkonferenz. Die gemeinsame Konferenz der drei sozialistischen Internationales hat, nachdem mehrmals mit Abbruch gedroht wurde, mit einem ganz bescheidenen Ergebnis einer provisorischen Einigung geendet. Die Vertreter der drei sozialistischen Richtungen einigten sich auf eine gemeinsame Entschlüsselung, in der ausdrücklich betont wird, daß es sich nach Ansicht aller Konferenzteilnehmer im gegenwärtigen Augenblick nur um gemeinsame Beratungen zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen aller an der Konferenz vertretenen Richtungen handeln kann. Die Konferenz schlägt daher vor, daß die Exekutiven ihre Zustimmung zu der Einsetzung eines neungliedrigen Organisationskomitees einholen, dem es obliegt, die Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven zu organisieren. Da die Organisation der allgemeinen Konferenz im Laufe dieses Monats nicht möglich ist, fordert die Konferenz daher die Arbeiter aller Länder auf zu kräftigen, möglichst geeinter Massenkundgebungen während der Konferenz von Genava, und zwar am 20. April und wo dies aus technischen oder organisatorischen Umständen nicht möglich ist, am 1. Mai zu demonstrieren.

Die deutschböhmischen Abgeordneten der Tschechoslowakei überstanden dem Böhmerland eine Denkschrift, die sich gegen die Behandlung der Minderheiten, insbesondere der deutschen, in der Tschechoslowakei wendet.

Bei der offiziellen Trauerfeier für den verstorbenen Kaiser Karl in der Budapest Mathiaskirche erschienen vom diplomatischen Korps nur der deutsche Gesandte und der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten.

Der belgische Staatsminister Woeste, Führer der Katholischen Partei, ist gestorben.

Der Präsident der französischen Republik Millerand ist in Casablanca angekommen und vom Sultan von Marokko begrüßt worden.

Die litauische Regierung hat der englischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der sie gegen die Annexion Wilna durch die Polen Protest erhebt.

Der Gesandtschaftsrat über die Vereinigung Mesopotamiens mit Rumänien wurde vom rumänischen Senate einstimmig angenommen.

Die vom englischen Außenminister dem französischen Botschafter überreichte Note wegen der Zinszahlung der im Krise Frankreich gewährten englischen Anleihen ist auch den anderen Mächten zugegangen.

Der Herrscher von Bolivien, der Vertreter Englands auf der Washingtoner Währungskonferenz, hat sich nunmehr entschlossen, die ihm schon vom König vor einigen Wochen angebotene Preiswürde anzunehmen.

Das englische Unterhaus hat den Antrag der „unabhängigen“ Unionisten, in dem die politischen Grundsätze der Koalitionsregierung beurteilt werden, mit 288 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Der Bund der amerikanischen Bergarbeiterverbände hat sich bereit erklärt, mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer in Verhandlungen über die Beilegung der schwedischen Konflikte einzutreten.

Italien: Der Erzbischof von Genava über die Konferenz.

Die Nachricht, daß der Papst eine Note an die Häupter der an der Konferenz teilnehmenden Regierungen richten wird, wird vom Vatikan bemerkt. Dagegen beschäftigt sich ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Genava mit der bevorstehenden Konferenz. Der Erzbischof heißt darin die Delegierten willkommen und fordert die Gläubigen zur Beteiligung von Gebeten für einen Erfolg der Beratungen auf. Der Erzbischof erstet Gottes Segen für die Arbeiten der Konferenz, auf der zum erstenmal seit dem Krise die Delegierten aller Staaten frei verhandeln, damit unter den Vätern wieder Eintracht herrsche und die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Ein wirklicher Friede könne aber nicht von politischen Grundsätzen diktiert werden, sondern müsse sich auf der Gerechtigkeit und Nächstenliebe aufbauen.

Kürzel: Annahme des Waffenstillstandsvorschlags.

Kurzer meldet aus Konstantinopel, daß die Antwort der Kemalisten auf die Vorschläge der Alliierten dort eingetroffen ist. Die Kemalisten nehmen den Waffenstillstandsvorschlag der Entente an unter der Bedingung, daß die Räumung Smyrnas sofort beginnt und in vier Monaten beendet ist. Wenn diese Bedingung bewilligt wird, ist die Regierung von Angora bereit, auf die Konferenz zur Erörterung der Friedensbedingungen eine Delegation zu entsenden.

Verhandlungen über die Entschleunigung.

Berlin, 6. April. Hier ist Soeben der belgische Vertreter in der Reparationskommission, Bemelmans, wieder eingetroffen. Dieser hat die Aufgabe, wegen der Abänderungen, die an dem von ihm abgeschlossenen Abkommen vorgenommen werden sollen, noch einmal mit der deutschen Regierung in Berlin zu verhandeln.

Die Juden- und Kartoffelwirtschaft im Reichstag.

Berlin, 6. April. In der Sitzung des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung am 19. April steht u. a. auf der Tagesordnung: Besprechung der gegenwärtigen Lage der Juden- und Kartoffelwirtschaft und das Produktionsprogramm der deutschen Landwirtschaft.

Frankreich raffelt mit dem Säbel.

Frankfurt a. M., 6. April. Von verschiedenen Stellen aus dem Moselgebiet liegen Meldungen über französische Befehlsmärsche vor. Quartiermacher der französischen 11. und 15. Infanterie-Division aus Nancy und Epinal sind nordwärts nach Cochem und Trier angekommen und erklären, daß an ihre Truppen Befehl für erhöhte Marschbereitschaft ergangen sei. Unter General Sidalon folle eine neue französische Gruppe an der Mosel gebildet werden.

Bayerns Militärbefehlsmächtigter in Berlin.

München, 6. April. Im bayerischen Landtage stellte ein Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen mit, daß auch die bayerische Regierung bei der Reichsregierung in Berlin einen militärischen Bevollmächtigten zu unterhalten wünsche, weil die Angelegenheiten, die eine gegenseitige Fühlungsnahe zwischen München und Berlin erfordern, sich gemehrt haben. Auch andere Länder hätten eigene militärische Bevollmächtigte beim Reichstage ernannt.

Der Reichstag und die Not der Preise.

Berlin, 6. April. Von fast allen Parteien des Reichstages ist ein Antrag eingebracht worden, in dem die Regierung ersucht wird, mit möglicher Besilemmung einen Befehlsmarsch vorzusetzen, durch den der Not der Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam gesteuert wird. Der Reichstag erwartet diesen Befehlsmarsch so rechtzeitig, daß seine Beratung durch den Reichstag unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt begonnen werden kann. Der Antrag kommt in der morgigen Reichstagsitzung zur Besprechung und wird vom Reichstagspräsidenten Loebe selbst begrüßt werden.

Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund?

Zürich, 6. April. Bei der Behandlung des bundesrätlichen Berichts über die zweite Völkerbundsversammlung gab Bundesrat Motta im Staatsrat der Hoffnung Ausdruck, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund noch in diesem Jahre ihre Lösung finde. Der Völkerbund müsse die Universalität erstreben und erreichen, sonst frage er den Keim der Zerlegung in sich.

Auch ein „Erfolg“ von Versailles.

London, 6. April. Nach der offiziellen Statistik gab es in England am 27. März 1737 704 Arbeitslose, d. h. 22512 weniger als in der Vorwoche. Seit 11 Wochen hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 195 000 vermindert.

Aus Stadt und Land.

„Sieben Jahre in Gefangenschaft. Ueber Rariva, Dorpat, Wall, Riga sind 53 deutsche Kriegsgefangene in die Heimat zurückgekehrt. Einige von ihnen sollen gegen sieben Jahre in Rußland verbracht haben.“

„Der Ersatzen der Kaiserjacht „Hohenzollern“, der vor dem Krise vom Stapel gelassen und wegen des Kriegsausbruches nicht fertiggestellt wurde und auf dem toten Odean nahe der Stettiner Küstenerwerf ankerie, ist jetzt auf Abbruch nach Kiel verkauft. Das Schiff wird von einem Hamburger Schlepper nach Kiel übergeführt.“

„Zanzfälle für industrielle Zwecke. In Dresden sind 12 große Zanzfälle an die Industrie verkauft worden, die dort industrielle Betriebe einrichten wird. Auch der Anlauf der Gashöhle durch Banken macht große Fortschritte.“

„Eingezögung der russischen Kirchengelder. In Moskau wurde mit der Eingezögung der Kostbarkeiten in den Synagogen und in den Kirchen begonnen. An einem Tage wurden etwa 60 Rub Gold und Silber beschlagnahmt. Auch in den Synagogen der Provinz werden die Kostbarkeiten eingezogen. Im Kreise Schuja werden Ansprüche des Patriarchen Tichon vorbereitet, die gegen die Beschlagnahme der Kirchengelder gerichtet sind.“

„Große Heberschwärme in Rußland. Infolge seit Wochen andauernder Regenfälle, die eine große Heberschwärme verursacht haben, wurden 40 000 Foch Heber in Karpathenrußland unter Wasser gesetzt. In einzelnen Landkreisen wird der Verkehr mit Rähnen aufrechterhalten. Eine Hilfsaktion konnte nicht unternommen werden, weil die Regenfälle noch fortauern.“

„Schließung der Universitat Tokio. Nach einer Meldung aus Japan beschloß der Senat der staatlichen Universitat in Tokio, die Hochschule bis auf weiteres zu schließen, weil die Regierung sich weigerte, einige aus politischen Gründen entlassene Professoren wieder einzustellen.“

Gerichtssaal.

„Der Rechtsstreit des Prinzen Friedrich Leopold. In dem Rechtsstreit zwischen dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und dem preußischen Staat wegen der Herrschaft Platon-Krojanke ist von dem Landgericht Schneidemühl das Urteil gesprochen worden. Das Gericht hat sich dahin entschieden, daß der Anspruch des preußischen Finanzministers auf die prinzipal Besichtigungen ohne Rechtsmittel vorgenommen sei und hat das Eigentum an den Herrschaften dem Prinzen zuerkannt.“

Der Herrenreiter

Roman von Robert Miß.
(17. Fortsetzung.)

Hans Erich lachte, halb verlegen, halb geschmeichelt.

„Na, vor dir will ich aus meinem Herzen keine Nürdergrube machen.“

„Die kleine blonde Miß —?“

„Na ja — sie war vorigen Winter in Berlin — Europatour — Russstudien und so weiter. Deutsches Blut. Der Großvater war noch ein schwäbischer Bauer. Der Vater hat viele Millionen. Uebrigens gefällt sie mir auch. Na, und da gab ich mich herversetzen lassen. Man hat doch keine Verbindungen.“

„Und wie steht die Sache?“

„Um ... noch in den Poststädten. Sie mag mich wohl ganz gern ...“

„So greif' doch zu!“

„Geht nicht so schnell. Erst muß ich ihrer ganz sicher sein. Und der Vater möchte wohl auch lieber einen Geschäftsmann, der das alles mal fortsetzen kann.“

„So sege es fort!“

„Nee, mein Lieber, so weit reicht mein Griß nicht. Ein Regiment führen — ein Gut verwalten — das! Mehr hat die gältige Mutter Natur mir nicht gegeben. Ja, du — du könntest auch das. Die traurig ist alles zu.“

Hans Erich bildete in ehrlicher Bewunderung zu ihm auf.

„Schmeichelt — dankel! Aber du siehst ja, wie weit ich's gebracht. Uebrigens würde mir das auch keinen Spaß machen. Hier haut einer den anderen über's Ohr — ich hau' lieber mit dem Säbel drein. Und Heimweh hab' ich ... Du kannst das freilich nicht so recht verstehen. Wenn man jeden Tag seinen großen Koffer packen und erster Klasse heimfahren kann ... Weißt du, woran Ovid gestorben ist?“

„Der von der ars amandi und den Metrovorphosen, die ich nie recht übersehen konnte? Woran denn?“

„An Heimweh — weil ihn Augustus aus Rom nach dem Schwarzen Meer verbannt hatte.“

„Armer Kerl — tußt mir leid! — Also, Hand drauf — wenn's mir glückt, help' ich dir.“

Er erhob sich schnell, auf seine Armbanduhr blickend.

„Muß jetzt wieder in meine Voge ... du begreifst! Ich soll dir übrigens einen Gruß von Miß Edith bringen und diese Weidchen. Sie war entzückt von deiner Schöpfung und will dich kennen lernen. Also — Wiedersehen! Nächstens komme ich mal zu Euch heraus. Wollte den berühmten Stall so wie so mal beschauen.“

Als Hans Erich gegangen war, trank Dietrich den Rest der Flasche schnell aus. Alkohol, den er sonst mied, heute brauchte er ihn. Er hatte Heimatslust gefahmet, in weite, freie Fernen geblickt — und nun fühlte er sich wieder im Kerker, in der dumpfen Enge des Alltags, der Verbannung, aus der es kein Entrinnen gab.

Seine zweite Nummer nahte. In den Geriborden standen die Bisten der Neuhorver Hochkultur aus der vierten und fünften Avenue und bildeten ihm nach. Die Herren wohlwollend, die Damen voll Spannung und Interesse — aber alle so, wie man einen schönen Hund und ein raffiges Pferd betrachtet oder freilehrt.

Und die Herren taten auch gewissermaßen das Letztere; denn sie klopfen ihm wohlwollend auf die Schulter und riefen: „A very nice trick, Mister Adolphus!“ Oder wie ein dicker, nach Barfilm, Reichtum und Nichtstun duffender Jüngling gar sagte: „Gut gemacht, my old boy!“

Auf die Damen betrachteten ihn durch die Vorge-nette und flüsteren oder vielmehr riefen laut und ungeniert: „What a beautiful man!“ — „Ho is interesting!“ — „Ob, look: what a noble face!“

Aber keiner ließ ihn sich vorstellen oder sprach ihn an, keiner der Herren schüttelte ihm die Hand. Denn er war in ihren Augen ja doch nur ein etwas höher gestellter und bezahlter Stallknecht Joe Godwins. Die Vergangenheit — hier galt sie nichts. Hier drüben mußte man in jeder Beziehung bar beschaffen. Und wenn man arm war, mußte man mindestens den Herzogstitel aufweisen können.

Mit fest zusammengebißnen Lippen trat er auf ein Belchen des Inpizienten in die Arena. Wieder erregte sein Erscheinen eine gewisse Aufregung, besonders unter den Damen. Ein Hühnchen, Raunen und Köpfeigen. Auch hier:

„Welch ein hübscher Kerl! — Er hat wahrhaftig ein aristokratisches Gesicht! — Glauben Sie denn das wirklich, was die Zeitungen schwagen? — Aber ich habe es soeben von dem Buttermann gehört — der kleine preußische Baron ist ein ehemaliger Freund von ihm. — Ich weiß aber bestimmt, daß er ein Schwede ist ... Nein, ein Deutscher ... Er war beim Zirkus ... Er war nicht beim Zirkus ...“

Zerfalls äußerte sich das Wohlwollen des Publikums in einem Applaus, mit dem man sein Auftreten begleitete. Er verbeugte sich, lächelte leicht zu Hans Erich hinauf, der ihm fröhlich zunickte, während Miß Edith Buttermann wie wahnfinnig in die Hände schlug.

Ein kleiner Belchenkrauß flog plötzlich vor seine Füße — aus einer unteren Voge, wo zwei Damen saßen. Die Jüngere, eine majestätische Erscheinung von südllichem Typus, in einem roten Samtkleid mit Hermelinbesatz und märchenhaften Juwelen an Ausschnitt, in den nachtschwarzen Haaren, in den Ohren.

(Fortsetzung folgt.)

Sanfter Vorkantanten listert Gahndrucker K. Jahn

Gedenktafel für den 7. April.

1814 Napoleon I. entsetzt der Krone und wird nach Elba verbannt — 1847 * Der dänische Schriftsteller Jens Peter Jacobsen in Tisted († 1885) — 1871 * Der österreichische Admiral Wilhelm Freih. v. Tegetthoff in Wien (* 1827) — 1874 * Der Kaiser Wilhelm v. Kaufbach in Danzig (* 1804) — 1875 * Der Dichter Georg Hermann in Baden-Baden (* 1817) — 1906 Ende der Marokkokonferenz in Algieras — 1920 * Der Staatsrechtler Karl Binding in Berlin (* 1841).

1818 • Der Chemiker Aug. W. v. Hofmann in Wien († 1892) — 1835 • Der Staatsmann W. v. Humboldt in Berlin († 1767) — 1918 Befreiung von Österreich durch die Deutschen — 1919 Ausrufung der Weimarer Republik in Weimar.

Der Stand der Welt. Es folgten nach den auch diesen Notierungen der Berliner Börsen am 6. 4. 1914. Table with 3 columns: Item (e.g., 100 holländische Gulden), Price (11735), and another Price (11985).

5. Klasse 180. Sächsl. Landes-Lotterie.

5. Klasse 180. Sächsl. Landes-Lotterie. Large table listing lottery numbers in multiple columns, including sub-sections for 4. and 5. classes.

Letzte Nachrichten Ein neuer Rekord in der Papiergeldvermehrung.

Wie der Reichsbankausweis vom 31. März erkennen läßt, hat der letzte Vierteljahrschluß wieder zu einer ganz außergewöhnlich hohen Inanspruchnahme der Bank sowohl an Krediten als auch besonders an Zahlungsmitteln geführt.

Der Schutz der russischen Delegierten. Rom, 6. April. Für den Schutz der russischen Genuadelegierten sind die umfassendsten Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Kirchen-Nachrichten. Sonntag Palmamum, den 9. April 1921.

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Pastor Wöhlen. 9 Uhr Konfirmationsgottesdienst: Sup. Michael.

Wettervorhersage. 10. April: Sonne, Wolken, strichweis Niederschlag, kühl, windig.

Advertisement for Hausmädchen (domestic help) and Drucksachen (printing supplies), including contact information for Frau Buchdruckerbesitzer Jehne sen.

13. April: Raum verändert. 14. April: Sonne, Wolken, sehr windig, teils Niederschlag, tags milde. 15. April: Veränderlich, milde.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 6. April 1922.

Table showing livestock prices for various categories like 1. Wollschaf, 2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, etc., with prices ranging from 2300-2400 to 4200-4350.

Saatenstand in Sachsen Anfang April 1922. (Mitteltung des Statistischen Landesamts.)

Begutachtungsklassen: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = sehr gering. Die in Klammern befindlichen Zahlen bedeuten den Bestand für 1921.

Advertisement for Theater-Aufführung at Theater 'Alte Sparte' featuring 'Preis-Skat-Turnier'.

Advertisement for 'Gasthaus zur „Alten Sparte“' featuring 'Preis-Skat-Turnier' and 'Kaffeehaus'.

Advertisement for 'Kaffeehaus' featuring 'Preis-Skat-Turnier' and 'Kaffeehaus'.

Advertisement for 'Stroh' and 'Häcksel' products.

Advertisement for 'Güthen' (candy) featuring 'Güthen' and 'D. Berndt'.

Advertisement for 'Hermann Lommatzsch' featuring 'Hermann Lommatzsch' and 'Dippoldiswalde'.

Vertical text on the right edge of the page, possibly containing dates or page numbers.